

# MEINUNGSBAROMETER

## DIGITALER RUNDFUNK

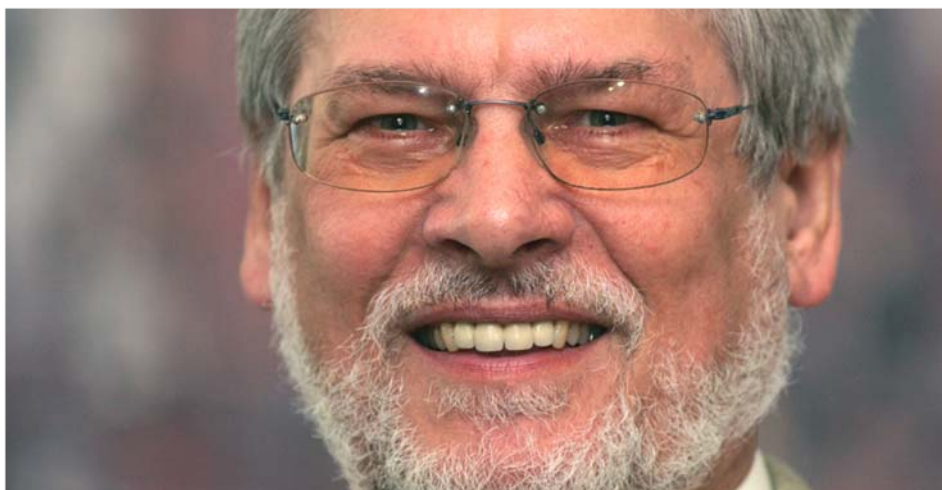
Dezember 2007



### Interview

## Jetzt sind die Ministerpräsidenten gefordert

Weichenstellung für neue Übertragungstechnologien nicht Aufgabe der KEF



Horst M. Schellhaaß, Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie an der Universität Köln

Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) hat nach Einschätzung von Professor Dr. Horst M. Schellhaaß, Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie an der Universität Köln, direkten Einfluss auf die technologische Entwicklung des Hörfunks in Deutschland genommen. Die angekündigte Mittelkürzung für DAB führe „zu einer Blockade digitaler Technologien“, sagte er im Interview mit dem Meinungsbarometer Digitaler Rundfunk. Er forderte die Ministerpräsidenten zum Handeln auf. Um DAB zügig und auf einen Schlag einzuführen, sei die Medienpolitik gefordert, nicht die KEF.

**Herr Professor Schellhaaß, die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten gerät immer weiter unter Druck. Nach dem Bekanntwerden, dass die KEF den Öffentlich-Rechtlichen die Mittel für DAB streichen will, hagelt es schwere Vorwürfe aus Politik und Medienindustrie. Wie berechtigt ist diese Kritik?**

**Schellhaaß:** Nach dem achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag soll die KEF ermitteln, ob der angemeldete Finanzbedarf „zutreffend und im Einklang mit den Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit“ berechnet worden ist. Insofern ist die KEF verpflichtet, Einsparpotentiale einzufordern. Allerdings hat sie einen eingeschränkten Prüfauftrag, weil auch die KEF keinen Ein-

fluss auf die Programmentscheidungen nehmen darf. Die Wahl der Verbreitungstechnologie fällt nicht unter die Programmentscheidungen, so dass sich die Wirtschaftlichkeitsüberlegungen der KEF durchaus auf die betriebswirtschaftliche Vorteilhaftigkeit des DAB-Standards beziehen dürfen.

**Einer der Vorwürfe lautet, die KEF betreibe mit dieser Entscheidung indirekt Technologiepolitik. Ist das der Auftrag der KEF?**

Aufgabe der KEF ist die Prüfung der Wirtschaftlichkeit des operativen Geschäfts der Rundfunkanstalten, dazu gehören auch die Übertragungswege. Die Einführung neuer Technologien muss daher dem Private Investor Test standhalten. ▶

### EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wer in den vergangenen Jahren viel Geld in DAB investiert hat, der blickt derzeit mit großer Sorge aufs kommende Jahr. Im Januar will die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) ihren Bericht für die kommende Gebührenperiode vorstellen.

Bereits durchgesickert ist, dass die KEF den öffentlich-rechtlichen Anstalten das angemeldete Budget für den digital terrestrischen Hörfunk zusammenstreichen will. Der Unmut ist groß, befürchten viele jetzt das endgültige Aus für eine Technologie, die es in Deutschland bislang noch nicht zum Markterfolg gebracht hat. Es hagelt schwere Vorwürfe. Die KEF sei nicht für Technologiepolitik zuständig. Die KEF-Entscheidung sei nicht nachvollziehbar. Und DAB hätte in der KEF sowieso keine Befürworter, da dort keine Radioexperten säßen. Alles Meinungen, teils öffentlich, teils hinter vorgehaltener Hand geäußert, die für uns Anlass waren, dem Thema eine Schwerpunktausgabe zu widmen. Von der KEF-Führung selbst war keine Stellungnahme zu bekommen. Erst nach Veröffentlichung des aktuellen Berichtes wolle man unsere Fragen beantworten, hieß es. Medienpolitische Weichenstellung für neue Übertragungstechnologien fallen nicht ins Aufgabengebiet der KEF, meint Prof. Dr. Schellhaaß von der Universität Köln. Hier seien die Ministerpräsidenten gefordert (Interview Seite 1). Wie notwendig eine solche Richtungsentscheidung offensichtlich gerade für das Radio der Zukunft ist, zeigen wir in unseren beiden Berichten (Seite 2 und 3). In den Berichten beleuchten wir zum einen das KEF-Verfahren und mögliche Konsequenzen, zum anderen haben wir die unterschiedlichen Positionen wichtiger Player der Radiobranche zusammengefasst. Im Porträt auf Seite 5 stellen wir schließlich den Experten vor, der in der KEF für Technologiefragen zuständig ist.



Herzlichst Ihr  
Thomas Barthel

Vor dem Hintergrund zusätzlicher Übertragungskosten mit einer voraussichtlich geringen Reichweite liegt die Mittelkürzung für den DAB-Standard im Kompetenzbereich der KEF. Faktisch führt diese Entscheidung allerdings zu einer Blockade digitaler Technologien, da der Umstieg von analog auf digital in konzertierter Weise, das heißt auf einen Schlag erfolgen muss. Dies ist eine Aufgabe der Medienpolitik und nicht der KEF. Hier sind also die Ministerpräsidenten gefordert.

### Wie beurteilen Sie die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungsfindung innerhalb der KEF? Immerhin geht es um Milliardenbeträge.

Durch die öffentlichen Kommissionsberichte ist der Prüfvorgang grundsätzlich nachvollziehbar. Für den Bereich ihres eingeschränkten Prüfauftrages kann man der KEF eine hohe Kompetenz bescheinigen. Die in der Öffentlichkeit geäußerte Kritik bezieht sich auf Punkte, die gerade nicht von der KEF entschieden werden dürfen, zum Beispiel auf den zulässigen Umfang der Online-Angebote der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.

### Tragen Auftrag und Zusammensetzung der KEF der rasanten Technologieentwicklung im Zeitalter der Digitalisierung noch in ausreichendem Maß Rechnung?

## Hintergrundbericht

# Wirtschaftlichkeit oder Technologiepolitik?

In einem dreistufigen Verfahren entscheidet die KEF über künftige GEZ-Gebühren

Nach dem 3. Rundfunkänderungsstaatsvertrag kommt der KEF eine gesetzliche Schlüsselrolle zu, wenn es darum geht, welcher öffentlich-rechtliche Sender wie viel Geld bekommt. Die Kommission soll demnach „unter Beachtung der Programmautonomie der Rundfunkanstalten deren Anmeldungen fachlich überprüfen und den Finanzbedarf feststellen“, heißt es in den Statuten. Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ist dabei oberste Prämisse, was sich auch in der Mitgliederverteilung widerspiegelt: Jedes Bundesland entsendet einen Delegierten in den Mitgliederrat. Das Gros sind Rechnungs-hofpräsidenten und Juristen.

Bis die Rundfunkgebühren festgesetzt sind, die dann durch die GEZ eingezogen werden, muss ein dreistufiges Verfahren durchlaufen werden. Zunächst melden die öffentlich-

### Kurzum: Ist die KEF als Institution noch zeitgemäß?

Das jüngste Gebührenurteil des Bundesverfassungsgerichtes macht deutlich, dass die KEF als Garant für die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks angesehen wird. Im Hinblick auf den eingeschränkten Prüfauftrag ist die Zusammensetzung der KEF nach wie vor zeitgemäß. Für die medienpolitischen Weichenstellungen im Hinblick auf neue Übertragungstechnologien ist nicht die KEF, sondern die Politik der Ansprechpartner.

### Welche Perspektive sehen Sie nach der KEF-Entscheidung für den Fortbestand des Radios als eigenständiges Medium in Deutschland?

Bislang ist es den Rundfunkanstalten nicht gelungen, nennenswerte Reichweiten im digitalen Hörfunk zu realisieren. Der von den öffentlich-rechtlichen Sendern gewählte DAB-Standard gilt bereits als technisch veraltet. Durch den gegenwärtigen Stillstand wird der Fortbestand des Radios in Deutschland nicht bedroht, allerdings sollten sich die Sender jetzt intensiver damit beschäftigen, die Einführung eines digitalen Standards durch die Bereitstellung attraktiver Hörfunkangebote zu erleichtern. Konsumenten investieren erst in neue Geräte, wenn sie durch ein überlegenes Programmangebot von den Vorteilen überzeugt werden. ■

rechtlichen Rundfunkanstalten ihren Bedarf für die kommenden vier Jahre bei der KEF an. Die ARD meldete beispielsweise für die kommende Periode 140 Millionen Euro für den digitalen terrestrischen Hörfunk an. Anschließend überprüft die KEF den Bedarf. Wie dieses Prozedere genau abläuft, ist unklar. Die KEF wollte sich auf Anfrage dazu nicht äußern. Fest steht nur: Während die medien- und industriepolitischen Entscheidungen auf verschiedensten Podien und Foren im Lauf des zurückliegenden Jahres erörtert wurden, stellte sich nur eine Institution nicht der Diskussion: die KEF. „Das KEF-Verfahren aber ist für eine transparente, breite Diskussion nicht angelegt“, sagte Helwin Lesch, Leiter der Hauptabteilung Programm-Distribution des Bayerischen Rundfunks in München. ►

Der Verband Privater Rundfunk und Telemedien (VPRT) hat die Einigung der ARD beim Drei-Stufen-Test als unzureichend kritisiert. „Wenn sich die ARD heute für die Verabschiedung des Drei-Stufen-Test-Verfahrens feiert, übersieht sie geflissentlich, dass zwei zentrale Voraussetzungen noch fehlen: Zum einen ist Grundlage jedweder Prüfung des Drei-Stufen-Tests die gesetzliche Auftragsdefinition. Zweitens obliegt der Abschluss des Verfahrens der Rechtsaufsicht der Länder“, so VPRT-Präsident Jürgen Doetz. Er kritisierte zudem die nicht näher konkretisierte Einbeziehung Dritter sowie deren Stellungnahmen ausschließlich durch die Anstaltsgremien. Die Intendanten und Gremiovorsitzenden der Landesrundfunkanstalten hatten sich im Rahmen der ARD-Hauptversammlung auf ein gemeinsames Verfahren zur Durchführung des Drei-Stufen-Tests für neue digitale Gemeinschaftsangebote geeinigt. Es sieht vor, dass neue oder wesentlich veränderte digitale ARD-Angebote künftig vom Rundfunkrat der für das Angebot federführenden Anstalt nach einer besonderen Prüfung genehmigt werden.

Am 20.11.2007 ist in Hannover der weltweit erste DRM+ Sender in Betrieb genommen worden. Im Rahmen eines Modellversuchs der Niedersächsischen Landesmedienanstalt (NLM) zur Erprobung digitaler Rundfunkübertragung im lokalen Bereich soll sich das neue Übertragungssystem nun in der Praxis bewähren. Die DRM+-Aussendungen sollen ausschließlich der technischen Erprobung dieses neuen Hörfunksystems dienen und wichtige Erkenntnisse für die Standardisierung liefern, so NLM-Direktor Reinhold Albert. Der erste Sender wurde an der Leibniz Universität Hannover gebaut. DRM+ ist ein schmalbandiges digitales Hörfunkübertragungssystem, das von einem internationalen Konsortium entwickelt wurde.

Die Initiative Marketing Digital Radio (IMDR) begrüßt die Sendeleistungserhöhung in Bayern. „Damit kann die DAB-Systemfamilie endlich zeigen, dass der mangelnde Inhouse-Empfang kein Technologieproblem war, sondern nur ein Problem der mangelnden Sendeleistung. Zu Eureka 147/DAB als Basis zur Digitalisierung des Hörfunks gibt es nun wirklich keine Alternative mehr. Das ist das Signal an die Radioveranstalter und an die Endgeräteindustrie!“, so IMDR-Vorstandschef Helmut Egenbauer. Am 23.11.2007 hatte die Bundesnetzagentur bekannt gegeben, dass die „Im-Haus-Versorgung“ für Digital Radio in Bayern erheblich verbessert wird. Für 19 T-DAB-Sender wird die Sendeleistung von 1 kW auf 10 kW und für weitere 23 T-DAB-Sender von 1 kW auf 4 kW erhöht.

## PRESSESCHAU

Im Berliner Hauptbahnhof einsteigen und die RTL-Serie „Dr. House“ ganz entspannt bis Hamburg verfolgen. Und in der S-Bahn gleich danach die „Tagesthemen“. Diverse Sender, Betreiber, Verlage und Telekommunikationsdienste hoffen, dass solche japanischen und koreanischen Verhältnisse - dort nutzen über 40 Millionen Menschen Handy-TV - auch auf uns zukommen.

Diesen Erwartungen hat die Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten (ALM) am Mittwoch aber erst mal einen Dämpfer versetzt. Das vorliegende Handy-TV-Konzept des potenziellen Anbieters Mobile 3.0 konnte offenbar nicht überzeugen.

Der Tagesspiegel am 22.11.2007 zur Entscheidung der ALM, Mobile 3.0 eine Fristverlängerung für ein Konzept zu Handy-TV via DVB-H einzuräumen

„Die Frist ist Gift für erfolgreiche Verhandlungen mit den Sendeanstalten über deren Einkaufsbedingungen für das Programm. Sie macht uns erpressbar“, klagte hingegen MFD-Chef Henrik Rinnert. Es sei unverständlich, welche Detailtiefe die Medienaufseher erwarteten, bevor die Lizenzvergabe überhaupt sicher sei. Er kritisierte, die Medienaufseher würden für ihre eigenen Vorarbeiten keinen Fahrplan preisgeben. Dabei blockiert sich das Konsortium intern zum Teil selbst: Die hinter Neva Media stehenden Verlage Burda und Holtzbrinck sowie Neva-Chef Paulus Neef favorisieren unterschiedliche TV-Sender als Partner. (...) Aus dem Umfeld des Konsortiums wurde gar das Gerücht kolportiert, Neva wolle nach dem Erhalt der Lizenz diese weiterverkaufen.

Die Financial Times Deutschland am 26.11.2007 zum selben Thema

Doch noch sind einige Hürden für den erfolgreichen Start von Handy-TV zu meistern. Die Landesmedienanstalten haben mit Mobile 3.0 zwar schon einen Plattformbetreiber für Handy-TV im DVB-H-Standard zugelassen. Doch das Betreiberkonsortium hat mit Interessenkonflikten der beteiligten Medienpartner zu kämpfen. Mobile 3.0 sollte bis zum 9.11.2007 einen Vorschlag zur Nutzung der Kapazitäten für Fernsehen (darunter ein regionales Angebot) sowie für Hörfunk (insgesamt 4 Programme) vorlegen. Doch passiert ist bislang nichts. Auch auf Verträge mit Programmveranstaltern hat man bislang vergebens gewartet. (...) Es bleibt damit weiterhin offen, ob Handy-TV bis zur Fußball-EM 2008 tatsächlich starten kann.

Golem.de am 30.11.2007 zum selben Thema

Viele Branchenkenner befürchten, dass die KEF auf Grund ihrer Mitgliederstruktur voreingenommen sei. Helwin Lesch: „Ich habe immer noch die Hoffnung, dass die KEF technologieneutral für die digitale terrestrische Rundfunkverbreitung entscheidet.

Wir freuen uns, wenn wir von Technologieneutralität hören.“ (Siehe auch Porträt über DVB-Pionier Ulrich Reimers auf Seite 5.) Im zweiten Verfahrensschritt hatten ARD, ZDF und Deutschlandradio in den vergangenen Wochen die Chance zur Stellungnahme. Ende Oktober wurde die ARD von der KEF angehört, eine Woche später wurden die Länder einbezogen, und Ende November gab es nochmals ein Spitzentreffen der ARD mit der KEF - bei dem DAB eines der Tophemen gewesen ist, berichten Sitzungsteilnehmer. Zu einer Einigung kam es allerdings nicht.

Nun befürchten Entscheidungsträger der Öffentlich-Rechtlichen harte Konsequenzen, sollte der KEF-Entwurf 1:1 umgesetzt werden. Dieser sieht vor, dass die Öffentlich-Rechtlichen statt der beantragten 140 Millionen Euro für die Digitalisierung nur 15 Millionen Euro erhalten. „Sollte der KEF-Entwurf so umgesetzt werden, müssten wir DAB Ende 2008 abschalten“, sagte Dr. Chris Weck, Hauptabteilungsleiter Rundfunk- und Informationstechnik des Deutschlandradios. Deutschlandradio und Deutschlandfunk streben eine flächendeckende Versorgung und wesentlich besseren Indoor-Empfang an.

„Das ist mit den angekündigten geringeren Mitteln aber nicht machbar“, folgerte Weck. Die KEF habe ignoriert, dass der Sender laufende Verträge habe. „Die bewilligten Mittel reichen nur, um die Sendebetriebsgesellschaften abzuwickeln. Damit sind alle Investitionen für uns und den Gebührenzahler verloren. Sollten wir später wieder einmal ein Digitalradioprojekt starten, müssten wir wieder von vorne anfangen.“

Der KEF-Bericht, der Ende Januar vorgestellt werden soll, könnte damit zur Entscheidung über die Zukunft des digitalen Radios in Deutschland werden. In der letzten Stufe des Verfahrens sind die Landesparlamente gefordert, die Sozialverträglichkeit der Gebühren zu überprüfen und festzusetzen. „Die Landesparlamente müssen sich auch fragen: Was kann die Rolle der KEF in punkto Gebührenentscheidung sein und was nicht. Technologiefragen gehören vermutlich nicht dazu“, kommentiert BR-Mann Lesch die Problematik.

„Klare Rahmenbedingungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind unentbehrlich - gerade im Hinblick auf die Digitalisierungsstrategien“, verlangt der medienpolitische Sprecher der FDP, Christoph Waitz. „Es sind die Länderparlamente, die die medienpolitische Verantwortung tragen und Medienpolitik im Sinne eines Masterplans gerade auch für die Digitalisierung des Hörfunks auszuüben haben“, so der Bundestagsabgeordnete. ■

## Bericht

## Debatte über die Zukunft von DAB spaltet die Branche

Welche Technologie wird künftig Radio übertragen?



Foto: Verein Digital Radio Mitteldeutschland

Als Mitte der Neunziger Jahre die ersten Pilotprojekte für DAB in Deutschland starteten, hing der digitale Himmel voller Geigen. Jedermann feierte den Standard als tech-

nische Revolution. Mittlerweile jedoch sind die großen Hoffnungen längst der Realität gewichen. ►

## PRESSESCHAU

Heute scheiden sich die Geister an Digital Radio (DAB). Während die einen an dessen Potential glauben, verdammen ihn die anderen als Wurzel allen Übels. „Leider ist DAB ein Synonym für den gescheiterten Versuch, Digitalradio in Deutschland einzuführen“, so das Urteil von Boris Lochthofen, Sprecher der Regiocast. In seinem aktuellen Papier „Radio<sup>3</sup> - Der Weg in eine neue Dimension des Hörfunks“ sieht Regiocast zwei Standards für den digitalen Hörfunk im Band III und im L-Band, nämlich DMB und DAB+. Nur hiermit könne die notwendige Vielfalt von Programmen erreicht werden. Im Rahmen der DAB-Systemfamilie können in einem Multiplex gleichzeitig Programme mit DAB, DAB+ und DMB verbreitet werden. Die Medienanstalten müssen dies bei ihren Ausschreibungen und Zuweisungen berücksichtigen, empfiehlt Regiocast.

Seit Jahren kritisch zu DAB äußern sich zudem diverse Rechnungshöfe und der Verband Privater Rundfunk und Telemedien (VPRT). Auch die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) scheint DAB für ein Auslaufmodell zu halten. Vermuten lässt dies zumindest ihre Entscheidung, den Öffentlich-Rechtlichen die Mittel für Digital Radio entscheidend zu kürzen.

Befürwortet wird das Modell der DAB-Systemfamilie von Seiten der Öffentlich-Rechtlichen sowie von einigen privaten Programmveranstaltern. In der „Mainzer Erklärung“ haben sich ARD, Deutschlandfunk und die Arbeitsgemeinschaft Privater Rundfunk (APR) darüber geeinigt, dass die digitale Übertragung von Radio, ergänzenden Texten, Bildern und Videos künftig vorrangig auf Frequenzen im Band III, die der Bundesrepublik bei der Wellenkonferenz 2006 zugewiesen wurden, realisiert werden sollen. Schon 2009 sollen neue und bestehende Programme im weiterentwickelten Standard DAB+/DMB empfangbar sein. Kritisch betrachtet die ARD die aktuelle DAB-Situation. So heißt es etwa in der ARD-Digitalstrategie: „Bisher ist der DAB-Empfang innerhalb von Gebäuden oft noch unzureichend. Außerdem haben der fehlende Mehrwert für den Kunden in Form neuer Programm-

angebote sowie die ungenügende Verfügbarkeit preisgünstiger Empfangsgeräte verhindert, dass sich DAB durchsetzen konnte.“

Und doch setzen Andere fest auf das klassische DAB. Vor allem die Automobilindustrie verspricht sich eine rosige Zukunft für den Standard. Der Verband der Automobilindustrie (VDA) bezeichnet DAB in seinem Jahresbericht 2007 gar als Quantensprung in der Qualität der Versorgung des Autofahrers, besonders im Segment der Verkehrsinformation. Unterstützung findet die Automobilindustrie auch beim ADAC. DAB biete neue Möglichkeiten, innovative Mobilitätsdienste kostengünstig und zuverlässig in Fahrzeuge zu übertragen, erklärt Johann Nowicki, Fachreferent für Verbraucherschutz Elektronische Systeme beim ADAC.

Einen starken Verfechter hat DAB und die weiterentwickelten Standards auch in der Initiative Marketing Digital Radio (IMDR). „Wir waren immer davon überzeugt, dass die DAB-Systemfamilie die einzige digitale Technologieplattform ist, welche alle Bedarfe des Hörfunks erfüllt“, erklärt Thomas Melzer, Sprecher der IMDR. Bestätigt fühle man sich vor allem durch die „Mainzer Erklärung“ sowie durch die DAB-Sendeleistungserhöhung in Bayern.

Auch die Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten (ALM) bricht in ihren, Mitte November verabschiedeten, Leitlinien zur künftigen Hörfunklandschaft in Deutschland eine Lanze für Digital Radio. In dem Papier stellt sie klar, dass sich für die digitale terrestrische Verbreitung von Radioprogrammen die DAB-Systemfamilie am besten eigne.

Doch selbst DAB+ und DMB gehen Einigen nicht weit genug. Sie setzen entweder auf alternative Übertragungstechniken wie HD-Radio beziehungsweise DRM+ oder plädieren für die Durchsetzung gleich mehrerer Standards. „RTL Radio will mit seinen Angeboten künftig auf allen digitalen Plattformen vertreten sein“, erklärte etwa Gert Zimmer, Geschäftsführer RTL Radio Deutschland. ■

Helmut Egenbauer (T-Systems Media Broadcast) ist als Vorsitzender der Initiative Marketing Digital Radio genauso bestätigt worden wie Helwin Lesch (Bayerischer Rundfunk) als Stellvertreter. Der Vorstand der IMDR besteht damit weiterhin neben Egenbauer und Lesch aus Werner Felten (Radiounternehmer), Roman Kuhr (Visteon Corporation) und Michael Richter (Digital Radio Mitteldeutschland e.V.). 2008 will der Verband zur Förderung des digitalen Radios in Deutschland den digitalen Rundfunkstandard DAB bei Herstellern und Hörern stärker ins Bewusstsein rufen. Dabei verzeichnet der IMDR auf die kürzlich von der Bundesnetzagentur freigegebene Leistungserhöhung der DAB-Sender in Bayern als „eine zusätzliche Signalwirkung in dieser Richtung“.

Digitalfernsehen.de am 05.12.2007 zur Vorstandswahl der IMDR

Erstmals soll sich ein Schweizer Radioprogramm ans internationale englischsprachige Publikum in der Schweiz wenden. „World Radio Switzerland“ startete am Montag, 05.11.2007, in der Westschweiz und der Südschweiz auf DAB-Digitalradio. Das neue World Radio Switzerland ist aus dem Genfer Lokalradio WRG (World Radio Geneva) entstanden, das 1996 als gemeinsames Projekt der SRG SSR idée suisse und der BBC gegründet wurde. Die Überführung von World Radio Geneva in die DAB-Ensemble Westschweiz war lange beschlossene Sache. Trotz des internationalen Publikums in Genf war die Reichweite der UKW-Frequenz einfach zu begrenzt, um einen wirtschaftliche Betrieb dieses englischsprachige Programms zu gewährleisten. Als World Radio Switzerland ist das Programm nunmehr in der ganzen Westschweiz und im Tessin auf DAB zu empfangen.

reinHören am 05.12.2007 über ein neues DAB-Programm in der Schweiz

Nach der ARD hat jetzt auch das ZDF die Einführung eines sogenannten Drei-Stufen-Tests für neue digitale Sender und Internetangebote beschlossen. Das von der EU-Kommission geforderte und vom ZDF-Fernsehrat am Freitag beschlossene Verfahren soll prüfen, ob neue Angebote Teil des Auftrags der gebührenfinanzierten Sender sind, welchen qualitativen Beitrag sie zum publizistischen Wettbewerb leisten und ob damit bestehende private Märkte bedroht werden. Das Verfahren des ZDF sieht vor, dass der Sender im Internet und per Pressemitteilung über ein anstehendes Verfahren informiert. Dann haben Marktteilnehmer, also etwa Privatsender oder Verleger, drei Wochen Zeit, bei Bedarf Stellung zu nehmen und auf wettbewerbliche Probleme hinzuweisen. Anschließend wertet der Fernsehrat die Reaktionen aus und stimmt über das Konzept ab.

Kölner Stadt-Anzeiger am 07.12.2007 über das neue Zulassungsverfahren beim ZDF



Foto: Initiative Marketing Digital Radio

## Porträt

# Ein Forscherleben für die Digitalisierung des Fernsehens

Prof. Dr.-Ing. Ulrich Reimers - Der Technologie-Experte der KEF



Gruppensitzung der Abteilung Elektronische Medien  
Foto: Institut für Nachrichtentechnik der TU Braunschweig

Wenn es um die Zukunft von DVB-H und DVB-T geht, fällt immer wieder ein Name: Ulrich Reimers, Pionier des digitalen Fernsehens und Vordenker der Elektrotechnik. Der habilitierte Ingenieur des Instituts für Nachrichtentechnik der Technischen Universität Braunschweig ist ein Tausendsassa. Und das über Jahrzehnte hinweg. Als Professor analysiert er Entwicklung und Zukunftschancen des digitalen Fernsehens und beleuchtet auch die derzeit heftig umstrittenen Fragen der Standardisierung. Als Mitglied der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, kurz KEF, hat er zudem maßgeblich Einfluss auf den künftigen Weg der Digitalisierung von ARD, ZDF und Co.

Er selbst sagt über sich: „Alles, was mit der Entwicklung der DVB-Systeme, also auch für Mobile TV und das Digitale Fernsehen zu tun hat, geschieht unter meiner Leitung – das ist eine Aufgabe, die weltweite Auswirkungen hat.“ Übertrieben ist das nicht, denn der 55-Jährige sitzt in allen dafür wichtigen Gremien. Erst im Januar 2007 wurde er zum 1st Vice President der Consumer Electronics Society (CES) des IEEE gewählt. Knapp ein Jahr zuvor wurde er in die „Hall of Fame“ der International Electrotechnical Commission (IEC) gewählt. In der „Ruhmeshalle“ der Dachorganisation aller Normungsinstitutionen auf dem Gebiet der Elektrotechnik steht er damit auf einer Stufe mit MP3-Erfinder Professor Karlheinz Brandenburg. Nicht zu vergessen das Verdienstkreuz 1. Klasse des Niedersächsischen Verdienstordens (2000). Kein Wunder, vertritt Reimers das Land Niedersachsen doch schon seit 1994 in der KEF – unabhängig vom gerade wehenden politischen Parteiwind. Reimers arbeitet in der Arbeitsgruppe 4, die sich unter anderem mit Sachaufwendungen und Investitionen befasst.

Seine Zwischenbilanz nach 13 Jahren KEF-Engagement: „Es ist furchtbar viel Arbeit, aber immer wieder Quelle neuer Erfolge.“ Die Motivation seiner Mitarbeit in dem 16-köpfigen,

per Definition unabhängigen Gremium erklärt er dementsprechend: „Es ist für mich vor allen Dingen eine Verpflichtung als Bürger, dem die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wichtig ist. Aus eigener Erfahrung in den USA weiß ich, wie sehr ich dort ein solches System vermisst habe.“

Wie kaum ein anderer ist Reimers ein Kenner der Materie. Sein Wort hat Gewicht in Wissenschaft und Praxis. „Wir haben den Durchbruch im Digitalen Rundfunk erreicht, außer im Bereich des Hörfunks. Hier sind wir im deutschen Markt in einer schwierigen Situation, für die wir noch keine wirkliche Lösung bieten können“, sagt er angesprochen auf die aktuelle Situation. Er verweist auf Erfolge wie den Durchbruch bei Fernsehen und Multimedia-Diensten: „Hier sind wir mit Ausnahme der Kabelnetze dabei, die analoge Technologie noch vor Ende dieses Jahrzehnts endgültig zu verabschieden.“

Und wie sieht es im Hörfunksektor aus? „Beim Hörfunk gibt es das analoge Medium UKW, an dem niemand rüttelt. Deswegen ist der Umstieg von analog auf digital bei gleichzeitiger oder auch nur mittelfristiger Aufgabe des analogen Systems nicht absehbar“, muss Reimers eingestehen. Dass derzeit rund 3,7 Millionen Haushalte Hörfunk digital oder über Satellit „in einer Bombenqualität und mit gigantischer Programmauswahl“ empfangen, scheint nebensächlich.

Den Vorwurf, die KEF mache mit ihrer DAB-Mittelkürzung Technologiepolitik, weist Reimers zurück. Der Markt sei mit DAB nicht erreichbar, behauptet er und fordert ein komplettes Umdenken und einen Neustart. Kernfrage sei, wie die Digitalisierung des terrestrischen Hörfunks in Deutschland überhaupt zu stemmen sei. Um die verwendete Technologie, so der DVB-Verfechter, gehe es erst in zweiter Linie. Zuerst müssten die Rahmenbedingungen für einen Neustart der Digitalisierung geschaffen werden. „Die primäre Problematik ist: Wie können die Hersteller motiviert werden, sich zu engagieren? Und wie können die Kunden motiviert werden, mitzugehen?“ Eine Patentlösung fürs Radio hat Reimers aber derzeit auch nicht in petto oder geht angesichts des heiklen Themas damit nicht an die Öffentlichkeit. „Jetzt wissen wir immerhin: Der bislang eingeschlagene Weg ist ein Misserfolg gewesen. Wenn wir es jetzt ein zweites Mal probieren, müssen wir uns eine kluge Strategie überlegen. Sonst bleibt der terrestrische Hörfunk analog.“ ■

## PROFIL



Prof. Dr.-Ing. Ulrich Reimers ist Geschäftsführender Leiter des Instituts für Nachrichtentechnik der TU Braunschweig. Er gilt weltweit als Pionier des digitalen Fernsehens und Verfechter der DVB-Technologie.

Kontakt: [www.ifn.ing.tu-bs.de](http://www.ifn.ing.tu-bs.de)

## IMPRESSUM

Herausgeber  
Digital Radio Mitteldeutschland e.V.  
Reichardtstr. 9  
06114 Halle/Saale  
Tel: 0345-530 43 61  
eMail: [presse@dr-m.info](mailto:presse@dr-m.info)

V.i.S.d.P.  
Dipl.-Journ. Nikola Marquardt

Idee, Konzept, Projektleitung  
Dipl.-Journ. Thomas Barthel

Redaktionsbüro  
tbn public & business relations

Autoren dieser Ausgabe  
Tobias D. Höhn  
Nikola Marquardt  
Virginie Scheffler

Layout  
frischezellen, vernetzt kreativ

Förderer  
Bayern Digital Radio GmbH

Anmeldung Meinungsbarometer und Archiv  
[www.dr-m.info](http://www.dr-m.info)

Redaktionsschluss: 07.12.2007

Der Inhalt dieses Meinungsbarometers darf nicht ohne schriftliche Erlaubnis der Redaktion vervielfältigt und verbreitet werden. Das Meinungsbarometer wurde mit größtmöglicher Sorgfalt zusammengestellt. Trotzdem können wir für die enthaltenen Informationen keine Garantie übernehmen. Die Redaktion schließt jegliche Haftung für Schäden aus, die aus der Nutzung von Informationen dieses Meinungsbarometers entstehen können.

## Sonderbericht

## Fachtagung „Rundfunkrecht und die Digitalisierung des Radios - Wer läuft wem hinterher?“

Fortschreitende Digitalisierung des Hörfunks setzt Programmveranstalter, Politik und Regulierer unter Handlungsdruck



Foto: Verein Digital Radio Mitteldeutschland

Am Anfang der Fachtagung standen jede Menge Fragen. Radioveranstalter stoßen bei ihrer Arbeit zunehmend an die Grenzen, die ihnen das Medienrecht setzt. Das Rundfunk- und Medienrecht kann schon lange nicht mehr alles regulieren, was zu regulieren wäre. Welchen Rahmen bietet das Medienrecht heute und wo liegen die Grenzen? Wie müssen sich die medienrechtlichen Rahmenbedingungen an digitale Rundfunkvertriebswege anpassen? Welche Anforderungen haben die öffentlich-rechtlichen und privaten Veranstalter an ein modernes Medienrecht?

„Der Gesetzgeber läuft in den Landesmediengesetzen teilweise noch den Marktanforderungen hinterher!“, sagt Daniela Beaujean, Referentin für Medienrecht des Verbandes Privater Rundfunk und Telemedien (VPRT). Im Rahmen der Fachtagung „Rundfunkrecht und die Digitalisierung des Radios - Wer läuft wem hinterher?“ des Vereins Digital Radio Mitteldeutschland am 27.11.2007 in Leipzig, forderte sie daher unter anderem ein digitales Must-Carry für Hörfunk nach Landesrecht sowie Programme ohne gesetzliche Höchstzahlbegrenzung. Ihr nachfolgender Referent, Dr. Daniel Brückl, Fachanwalt für Verwaltungsrecht und Dozent für Medienrecht, fällte ein weitaus positiveres Urteil über die aktuellen Landesmediengesetze. „Das vorhandene Regulierungsinstrumentarium steht der Digitalisierung nicht entgegen, fördert sie aber auch nicht. Vorhandene Definitionen sind weitgehend interpretationsoffen.“ Es handle sich daher nicht um ein Gesetzschaffungsproblem, sondern vielmehr um ein Gesetzanwendungsproblem, so Brückl weiter.

Die Digitalisierung fordert aber nicht nur von Seiten der Politik Innovationsgeist, Veränderungswillen und Anpassungsfähigkeit. Auch die Programmveranstalter sind gefragt.

„Rudiosender müssen künftig Multimedia-Unternehmen werden“, schätzt daher Jens Kerner ein, Leiter Unternehmenskommunikation radio SAW. „Radio wird in erster Linie ein Medium für das Ohr bleiben, aber künftig auch Bewegtbilder anbieten und zum Lesen sein.“ Die Forderung nach neuen Wegen für das Radio unterstützt auch Frank Hofer, Gesamtverkaufsleiter BCS Broadcast Sachsen. Er plädierte daher für eine dynamische Entwicklung des Programms unter Nutzung von Subchannels und Parallelstreams. Vorteile darin sieht Hofer beispielsweise in der Möglichkeit der individuellen Zusammenstellung eines Gesamtprogramms und in der Erhöhung der Attraktivität für die Werbefachbranche durch die Bedienung unterschiedlicher Zielgruppen unter einer Marke.

Neue Wege für das Radio beschreitet auch der MDR mit dem Start seines DMB-Pilotprojektes. Im Rahmen der Fachtagung stellte Dr. Alexander Jereczinsky, Projektkoordinator DMB beim MDR, das Projekt detaillierter vor. So sei die Versuchsfunklizenz auf ein Jahr sowie ausschließlich für den Großraum Leipzig ausgelegt. Neben den linearen Programmen MDR Info sowie MDR 1 Radio Sachsen sollen hier die Formate MDR Mobil, DMB Sputnik sowie DMB KiKa ausgestrahlt werden. Ziel des Pilotprojektes ist unter anderem die Entwicklung neuer Angebotsformen für den mobilen Empfang.

Im Anschluss an die Einzelreferate debattierten Vertreter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, des privaten Rundfunks und der Landesmedienanstalten in einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „Es muss sich etwas ändern! - Digitalisierung des Hörfunks und bestehendes Medienrecht im Spannungsfeld“. Die wichtigsten Statements finden Sie auf der rechten Seite. ■

## STATEMENTS



Martin Lutz,  
Referent Juristische Direktion MDR  
„Wenn wir Digital Radio zum Fliegen bringen wollen, müssen öffentlich-rechtliche und private Programmanbieter zusammenarbeiten.“



Erwin Linnenbach,  
Geschäftsführer Regiocast  
„Wir müssen uns vom Bekannten verabschieden. Radio kann sich künftig nur durch neue Erlös- und Produktionsströme finanzieren.“



Tino Utassy,  
Geschäftsführer BCS Broadcast Sachsen  
„Es wäre für uns denkbar, die nationale Richtung einzuschlagen, aber der Rückweg zum Regionalen und Lokalen muss bleiben.“



Martin Deitenbeck,  
Geschäftsführer SLM  
„Wir müssen im Medienrecht flexibler werden. So sollten Programmveranstalter zukünftig digitale Bandbreite erhalten mit der Lizenz für je ein Vollprogramm und weiteren Zusatzprogrammen.“



Martin Heine,  
Direktor MSA  
„Die Programmzahlbeschränkung in der digitalen Welt sollte fallen. Wir arbeiten derzeit mit der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt an der Aufhebung dieser Beschränkung.“